

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 117

Freitag, den 22. Mai 1931

26. Jahrgang

Schlechte Abrüstungs-Aussichten

Nichts als Ausflüchte in Genf

Genf, 20. Mai. Der Völkerbundsrat hat sich heute vormittag mit dem deutschen Antrag und dem englischen Vorschlag über die Offenlegung des Rüstungsstandes als Vorbereitung zur allgemeinen Abrüstungskonferenz beschäftigt und nach längerer Aussprache beschlossen, am Freitag auf Grund eines dahin auszuarbeitenden Vorschlages des Berichterstatters eine Entscheidung zwischen den beiden Vorschlägen zu treffen. Der spanische Außenminister Ferrero eröffnete die Debatte über die Abrüstungsfragen mit Worten der Begeisterung an den Völkerbundsrat. Er betonte, daß auch das neue Spanien das größte Interesse an einer ernsthaften Arbeit im Völkerbund habe und bestrebt sei, in der bisherigen Tradition zu verbleiben. Es habe den lebhaften Wunsch, an jedem Werk der Eintracht und des Friedens mitzuwirken.

Reichsminister Dr. Curtius

erwiderte: Es entspricht gewiß den Befehlen des Völkerbundsrates, wenn ich als Präsident unseren gemeinsamen Dank und die lebhafteste Wertschätzung zum Ausdruck bringe, die wir den von hohem Idealismus getragenen Worten unseres spanischen Kollegen entgegenbringen. Der Geist der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit, getragen von einem Volk, das für Freiheit und Gerechtigkeit für sich und für alle anderen eintritt, ist die beste Gewähr für eine fruchtbarste und nützlichste Mitarbeit an unserem Werke. Diese Arbeit wird sich auswirken zum Segen Spaniens, Ibero-Amerikas und des ganzen Völkerbundes. Wir beglückwünschen uns und betrachten es als ein Zeichen der dem Völkerbundrat beigegebenen Bedeutung, daß der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten persönlich den spanischen Sitz in unserer Mitte eingenommen hat. Herr Ferrero hat uns gesagt, Spanien sei mit uns. In unser aller Namen darf ich erklären: Wir sind mit Spanien.

Sodann begründete der englische Außenminister Henderson

den Antrag für die Offenlegung des Rüstungsstandes. Henderson führte zum englischen Vorschlag u. a. aus, während des langwierig arbeitenden Abrüstungsvorbereitungsausschusses habe man sich auf gewisse Ziele geeinigt, deren Bewertung die britische Regierung nunmehr vorschlägt, da mit neuen grundsätzlichen Erörterungen begonnen werden müsse. Die deutsche Regierung habe ganz neue Tabellen vorgelegt, die die Annahme gewisser Grundzüge bedeuten würden, die von Deutschland ständig vorgelegt, von der Mehrheit aber immer wieder abgelehnt worden seien. Die deutschen Vorschläge seien mit großer Sorgfalt und Gründlichkeit ausgearbeitet und könnten geradezu als Ideal betrachtet werden. Aber darin liegt vielleicht ihr Hauptfehler vom Standpunkt der praktischen Arbeit. Henderson machte schließlich die Vorschläge der kürzlich abgehaltenen Konferenz der Budgetschreiber zu eigen.

Dr. Curtius

betonte zur Begründung der deutschen Anträge. Ich kann mich auf wenige Bemerkungen zur Begründung des deutschen Vorschlages beschränken. Nachdem der Rat im Januar dieses Jahres beschlossen hat, die Regierungen der an der Konferenz beteiligten Staaten zur Mitteilung des Standes ihrer Rüstungen aufzufordern, hat sich der deutsche Regierung die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Aufstellung eines einheitlichen Fragebogens für die Angabe des Rüstungsstandes unbedingt erforderlich ist, weil sonst die Antworten der einzelnen Staaten ihrem Charakter und ihrer Ausdehnung nach so stark voneinander abweichen würden, daß ein sachgemäßer Überblick über den gesamten Stand der Rüstungen nicht zu gewinnen wäre. Ich glaube, die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Angaben über den Rüstungsstand in den verschiedenen Ländern, auf die auch die englische Regierung in ihrem Vorschlag hingewiesen hat, ist so evident, daß ich mir weitere Darlegungen hierüber ersparen kann. Die Frage ist, was in den einheitlichen Fragebogen aufgenommen werden soll, der den Regierungen für die Angabe ihrer Rüstungen als Anhalt dienen soll. Nach der Meinung der deutschen Regierung müssen alle wesentlichen Rüstungsfaktoren

darin enthalten sein, wenn der Zweck des Ratsbeschlusses vom Januar dieses Jahres erreicht werden soll. Es entspricht dies der grundsätzlichen Haltung, die der deutsche Vertreter von jeher in den Beratungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission eingenommen hat.

Die Konferenz muß, einerlei wie sie sich bei ihren Beratungen zu dem kritischen Abstimmensentwurf stellt, jedenfalls bei ihrem Zusammenritt ein völlig umfassendes und genaues Bild des vorhandenen Rüstungsstandes haben. Ich kann es mir nicht vorstellen, wie sie sich ein sachgemäßes Urteil über die notwendige Herabsetzung des Kriegsmaterials der einzelnen Staaten bilden kann, wenn sie über die vorhandenen Bestände, sei es die im Dienst befindlichen, sei es die lagernden, keine Angaben besitzt, ebensowenig wie ich glaube, daß die Wehrkraft, die in den Mannschaftebeständen der einzelnen Armeen verkörpert ist, sachgemäß geschätzt werden kann, ohne Berücksichtigung der ausgebildeten Reserven.

Die englische Regierung ist auf Grund ähnlicher Erwägungen, wie sie die deutsche Regierung angestellt hat, auch ihrerseits dazu gelangt, ein einheitliches Schema für die Angaben der einzelnen Staaten einzurichten. Leider entspricht dies jedoch nach meiner Auffassung nicht den Erfordernissen der vollständigen Offenlegung der Rüstungen, weil es so wichtige Elemente wie die eben erwähnten unberücksichtigt läßt. Ich glaube daher, daß der deutsche Vorschlag der bessere ist und würde es sehr begrüßen, wenn der Rat ihm den Vorzug geben würde.

Brian

wies auf die Schwierigkeiten hin, die überwunden werden müssen, damit im vorbereitenden Ausschuss eine Einigung zustande kam. Manche Punkte in den deutschen Vorschlägen ständen im Widerspruch zu den grundsätzlichen Fragen, die im vorbereitenden Ausschuss gelöst worden seien, so daß die französische Regierung zu ihrem Bedauern diese Vorschläge nicht annehmen könne. Die deutsche Regierung habe ständig und mit Recht gegen die Langsamkeit der vorbereitenden Arbeiten für die Abrüstungskonferenz protestiert. Endlich sei man damit fertig geworden und deshalb dürfe jetzt nichts unternommen werden, was neue Schwierigkeiten und neue Verzögerungen schaffen könnte. Man dürfe nicht, um Besseres zu leisten, das

Besprechung Curtius-Brian

Genf, 20. Mai. Die angekündigte Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem französischen Außenminister Brian hat am Siege der französischen Delegation stattgefunden. Beide Herren besprachen die Konferenzlage, insbesondere die auf der Tagesordnung des europäischen Ausschusses noch stehenden wirtschaftlichen Punkte. Der französische Außenminister wird vor seiner Abreise Dr. Curtius noch einen Besuch machen.

Genf wird Ort der Abrüstungskonferenz

Genf, 20. Mai. Der Völkerbundsrat hat in einer nichtöffentlichen Sitzung heute mittag beschlossen, daß die Abrüstungskonferenz in Genf stattfinden wird.

Hendersons Vorschlag auf der Abrüstungskonferenz

London, 21. Mai. Der Genfer Korrespondent der „Times“ will erfahren haben, daß die britische Regierung ihre Einwilligung erteilt habe, daß der Staatssekretär des Äußeren, Henderson, den Vorschlag auf der Internationalen Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre übernimmt. Henderson werde heute vormittag im Völkerbundsrat eine entsprechende Erklärung abgeben.

Besprechung über die Brotpreisfrage

Berlin, 20. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning hat heute vormittag mit dem Reichsernährungsminister Schiele eine eingehende Besprechung über die Brotpreisfrage gehabt. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß die Verbraucherschaft, insbesondere die Hausfrauen selbst, wesentlich zu einer Verbilligung des Brotpreises beitragen können, indem sie ihren Bedarf nicht bei den teuren Brotfabriken, sondern bei den Bäckern, die das Brot zum Preise

bereits Geleistete verschlechtern.

Der polnische Außenminister Baleski,

der sich diesmal überraschenderweise der polnischen Sprache bediente, obwohl auch der französische Text seiner Erklärung bereits schriftlich vorbereitet war, machte den Völkerbund auf den Polen besonders interessierenden Umstand aufmerksam, daß die Angaben des militärischen Jahrbuches des Völkerbundes über die Rüstungen gewisser Nichtmitglieder des Völkerbundes sehr unvollständig seien und daß man diese Lücke bei der Feststellung des Rüstungsstandes berücksichtigen müsse, damit vermieden werde, daß die Nachbarn dieser Länder in eine Situation gefährlicher Ungleichheit geraten.

Der italienische Außenminister Grandi

erkannte die Vorzüge der deutschen Vorschläge an und kritisierte die englischen Vorschläge als unvollständig und ungenügend. Aber im Augenblick sei über nichts Besseres eine allgemeine Einigung zu erzielen, deshalb erkenne die italienische Regierung die englischen Vorschläge als Grundlage für einen vorbereitenden Meinungsaustausch über die Abrüstung an.

Der japanische Delegierte Yoshizawa sprach sich gegen die Aufstellung klarer Definitionen aus.

Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch äußerte starke Bedenken dagegen, daß der gegenwärtige Stand der Rüstungen irgendwie zum Ausgangspunkt der Abrüstungskonferenz gemacht werden solle. Bezüglich der deutschen Vorschläge machte Marinkowitsch geltend, daß die Lieferung gewisser, darin verlangter Informationen in einzelnen Staaten strafrechtlich verboten wäre.

Der Völkerbundsrat hat auch die übrigen Punkte seiner Tagesordnung, darunter den wie üblich vom deutschen Vertreter erstatteten Bericht über die wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes ohne Ausnahme erledigt. Im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage wurde außerdem auch der Stand der Ratifizierungen des Abkommens über die private Herstellung von Waffen und Kriegsmaterial erörtert. Der britische Außenminister sprach seine Enttäuschung über die geringe Zahl der bisherigen Ratifizierungen aus und richtete an alle Unterzeichner des Abkommens den Appell, zu einer nochmaligen beschleunigten Prüfung der Angelegenheit. Der Vertreter Perles erklärte, daß seine Regierung mit Rücksicht auf die Souveränität Perles dem Abkommen mindestens in seiner jetzigen Form nicht zustimmen könne.

von 47 Pfg. liefern, beden. Bisher beliefen die Bäcker lediglich 85 Prozent des Brotverbrauches in Berlin, während im übrigen 85 Prozent bei Brotfabriken und Konsumgenossenschaften bezogen werden.

Finanzministerkonferenz

Berlin, 20. Mai. Im preussischen Finanzministerium sind heute vormittag die Finanzminister der Länder zusammengetreten. An der Besprechung nahmen teil die Vertreter von Bayern, Württemberg, Sachsen, Thüringen und Hessen. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Dr. Hopler-Wischhoff tagt, dient einer Aussprache über die Finanzlage. Besondere Beschlüsse sind nicht zu erwarten.

Das Steuerdefizit des Reiches

Der Rückgang in den Steuereinnahmen des Reiches betrug im April 1931 im Vergleich mit dem April 1930 rund 170 Mill. RM. Gegenüber 983,4 Mill. im Vorjahre sind in diesem Jahre im April nur 813,7 Mill. eingegangen. Sehr stark macht sich das Absinken der Einkommensteuer bemerkbar, die statt 388,2 nur 263,6 Mill. erbrachte; die Lohnsteuer ist allein von 104,9 auf 88,8 Mill. zurückgegangen. Noch stärker prägt sich die sinkende Konjunktur bei der Körperschaftsteuer aus, die nur 69,4 statt 101,5 Mill. einbrachte. Die Umsatzsteuer zeigt einen Rückgang von 26,13 auf 22,9 Mill.

Bei den indirekten Abgaben zeigen die Zölle eine Steigerung von 80,7 auf 127,2 Mill.; in dieser Erhöhung brückt sich einerseits die vierteljährliche Zollabrechnung aus, andererseits die Erhöhung zahlreicher Zölle seit dem Vorjahre. Bei der Tabaksteuer tritt erst jetzt der Konsumrückgang deutlich in Erscheinung: statt 74,2 erbrachte sie nur 46,8 Millionen, und dies trotz der inzwischen durchgeführten Steuererhöhung. Auch daß die Biersteuer von 27,1 auf